

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 01/ 2006 vom 24.01.2006
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Bericht über Haushaltsausgabereste 2005 **2006/033**
7. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2006 **2006/030**
8. Gewinn- und Verlustrechnung 2003 für die städtischen Mietwohnungen **2006/034**
9. Gewinn- und Verlustrechnung 2004 für die städtischen Mietwohnungen **2006/035**
10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) in einen Eigenbetrieb und Angliederung an die Stadtbetriebe Ahrensburg
11. Verschiedenes
- 11.1. Nächster Sitzungstermin
- 11.2. Zusammenarbeit mit der WAS
- 11.3. Anfrage zu einer hausinternen Ausschreibung
12. Kenntnisnahmen
- 12.1. Kaufinteresse am Baugebiet Buchenweg

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Finanzausschuss ist beschlussfähig.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Der Finanzausschuss stimmt der mit Einladung vom 15.02.2006 versandten Tagesordnung zu.

Der TOP 12 - Entscheidung über die Vergabe eines Vorprüfungsauftrages i. S. ÖPP - soll in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden.

3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 01/ 2006 vom 24.01.2006

Herr Aschmann bedankt sich für die Antworten des Fachdienstes IV.4/ ZGW auf seine Anfrage vom 21.01.2006, die dem Protokoll beigefügt wurde. Es haben sich dadurch jedoch Rückfragen ergeben.

Die WAB wird gebeten, diese Fragen wiederum in Form einer Anfrage an die Verwaltung zu richten.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass unter TOP 7 - Haushalt 2006 - eine Korrektur zu erfolgen habe. Es müsse heißen: Die **gespernten** Ansätze sind der Anlage 3 zu entnehmen.

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teils genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Berichterstatter teilt mit, dass auf städtischen Konten 2,13 Mio. € verfügbar sind. Weitere 4 Mio. € sind als Tagesgeld angelegt, sodass die Stadt zurzeit über Geldmittel in Höhe von 6,26 Mio. € verfügt.

Für die kommenden 4 Wochen werden Ausgaben von rd. 4 Mio. € für insbesondere Gehälter, Kreisumlage und investive Ausgaben erwartet.

Ein Betrag in Höhe von 2,0 Mio. € soll als Festgeld für 4 Wochen angelegt werden.

Diese positive Entwicklung hat sich nach dem Steuertermin 15.02.2006 ergeben. Die Verwaltung weist aber auch darauf hin, dass Anfang Februar für rd. 10 Tage die städtischen Konten mit einem Überziehungskredit belastet waren. Ein fester Kassenkredit wurde wegen des kurzen Zeitraumes nicht aufgenommen. Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die nächste Rate für die Einkommensteuer erst nach Ablauf des I. Quartals 2006 - Ende April/Anfang Mai 2006 - erwartet wird.

6 Bericht über Haushaltsausgabereste 2005

2006/033

- Vorlagen-Nr. 2006/ 033 -

Die Haushaltsausgabereste des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts sind zur Kenntnis zu nehmen. Der Finanzausschuss hinterfragt einige Positionen. Zu den Haushaltsresten des Verwaltungshaushalts werden Anfragen zu den laufenden Nummern 4, 8 und 14 beantwortet. Zu Position 38 - Digitale Bestandspläne für Schulen - wird vom Vorsitzenden kritisiert, dass der Haushaltsansatz von 14.500 € nur in Höhe von 3.500 € genutzt wurde und ein Haushaltsrest gebildet wird. Zu Position 40 - Gebäudeunterhaltung für das Schulzentrum Am Heimgarten - wird darauf hingewiesen, dass der Haushaltsrest in Höhe der Aufträge gebildet werden sollte. Die Verwaltung sagt eine Klärung zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Der ursprüngliche Haushaltsansatz bei HHSt 8830.5000/5 betrug 65.000 €. Die Position ist in einen Deckungskreis für den Schulbereich eingebunden. Um das Haushaltsjahr 2006, das ebenfalls ein Soll von 65.000 € ausweist, nicht zusätzlich zu belasten, wird der Haushaltsrest auf (Höhe der Aufträge) 16.956,85 € erhöht. Entsprechende Reserven waren im Deckungskreis 2005 noch vorhanden. **Die Haushaltsreste des Verwaltungshaushalts erhöhen sich dadurch auf 318.712,68 €.***

Hinsichtlich der Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts regt der Ausschussvorsitzende an, Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2006 ggf. neu zu veranschlagen und auf die Restebildung in 2005 zu verzichten.

Der Ausschussvorsitzende macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass nach Vorlage 2006/ 030 einer möglichen Neuverschuldung von 500.000 € für 2005 Tilgungsausgaben von 535.000 € (Planansatz 2005) gegenüber stehen. Tatsächlich wurden in 2005 Schulden also abgebaut. Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass das Verfahren, Haushaltsreste 2005 nicht zu bilden, aber 2006 die Ansätze neu zu veranschlagen, keine Ausgaben reduziere. Dadurch würden kreditfinanzierte Ausgaben lediglich verschoben.

Die Verwaltung weist auf folgende Änderungen hin:

1. Nr. 16, HHSt 2132.9505/ Errichtung eines Zaunes

Es wird nur ein Haushaltsrest von 795,76 € benötigt. Zwischenzeitlich liegt die Schlussrechnung vor.

2. Nr. 52, HHSt 5610.9400/ Sanierung der Sportanlagen Stormarnplatz

Auf die Bildung eines Haushaltsrestes kann verzichtet werden. Der Haushaltsansatz 2006 umfasst die Kostenschätzung für den Neubau eines Kunstrasenplatzes und ist grundsätzlich ausreichend. Der Finanzausschuss empfiehlt, keinen Haushaltsrest zu bilden. Stattdessen soll ggf. in einem 2. Nachtrag 2006 der Haushaltsansatz für die Sanierung der Umkleideräume im BBH entsprechend aufgestockt werden auf rd. 40.000 €

3. Zu Nr. 80, HHSt 8800.9510/ Umlegung einer Gasleitung wird die Notwendigkeit hinterfragt.

Hierzu erläutert der Berichterstatter, dass es sich um das Grundstück Hamburger Straße 27 handelt und der jetzige Verlauf der Gasleitung die Verkaufsverhandlungen erschwert. Vor einem Verkauf ist zu Lasten der Stadt in jedem Fall die Gasleitung zu verlegen. Darüber hinaus hängt die Baumaßnahme zusammen mit HHSt 6308.9507 (Baumaßnahme Woldenhorn). Der Rand des städtischen Grundstücks Hamburger Straße 27 ist noch nicht befestigt. Dies ist eine Maßnahme im Rahmen der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme. Auf der Einnahmeseite sind in diesem Zusammenhang 26.000 € in 2005 ausgewiesen. Die die Stadt endgültig belastenden Kosten liegen somit bei nur 9.000 €

Es handelt sich um die letzte Baumaßnahme im Rahmen der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme, sodass diese über Jahrzehnte dauernden Baumaßnahmen nunmehr endgültig abgerechnet werden können. Der Verwendungsnachweis wird allerdings einen erheblichen Zeitaufwand erfordern. Danach ist mit Restmitteln von Zuwendungsträgern für die gesamten Kosten der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme zu rechnen. Deren Höhe kann jedoch noch nicht beurteilt werden.

4. Zu HHSt 2300.9355/ Mobiliar für Klassenräume der Stormarnschule wird darum gebeten, eine Neuveranschlagung zu prüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Zunächst war für 2005 die Nutzung der kleinen Gymnastikhalle, die unter Denkmalschutz steht, in ihrem gegenwärtigen Zustand vorgesehen worden. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass zuvor umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in Abstimmung mit der Denkmalpflege erforderlich sind. Im Haushaltsjahr 2006 steht hierfür ein Haushaltsansatz von 193.000 € zur Verfügung. Die Baumaßnahme wird voraussichtlich erst zum Jahresende umgesetzt werden. Auf diesem Hintergrund ist eine Neuveranschlagung des Einrichtungsansatzes von 30.000 € im 2. Nachtragshaushalt 2006 möglich mit der Folge, dass ein Haushaltsrest 2005 entbehrlich wird.

5. **Bei HHSSt 8800.9321/ Ankauf von Grundstücken** ist die Bildung eines Haushaltsrestes in Höhe von 1.050.000 € vorgesehen. Bis zu 880.000 € dienen dem möglichen Rückerwerb eines in der Innenstadt liegenden Grundstückes. Auch hierzu bittet der Finanzausschussvorsitzende um Prüfung des Sachstandes. In 2005 ist es zu diesem Rückerwerb nicht gekommen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Kosten ggf. zusätzlich im 1. Nachtragshaushalt 2006 neu auszuweisen, wenn dieser Betrag nicht bis Ende März 2006 (vorgesehener Beschlussfassungstermin der Stadtverordnetenversammlung zum 1. Nachtrag 2006: 27.03.2006) benötigt wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Termine bis Ende März 2006 sind nicht in Aussicht. Auf die Bildung eines Haushaltsrestes kann verzichtet werden. Um den von der Stadtverordnetenversammlung in 2005 erteilten Auftrag durchführen zu können, ist die Neuveranschlagung über 880.000 € im Rahmen des 1. Nachtragshaushalts 2006 zwingend erforderlich.

Der Berichterstatter weist ferner darauf hin, dass die Bildung eines Haushaltsrestes für den Rückkauf eines Teilgrundstückes im Bereich Erlenhof nicht vorgesehen ist. Die Stadt wird mit der LEG eine Rahmenvereinbarung abschließen, in der insbesondere der zeitliche Rahmen für die Erschließung des Gebietes Erlenhof und das Maß der Bebauung geregelt wird.

Der Finanzausschuss nimmt von den Haushaltsresten zustimmend Kenntnis.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts wurden auf dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen überprüft. Es werden **Haushaltsausgabereste** in Höhe von **4.228.074,40 €** neu gebildet und in das Jahr 2006 vorgetragen.*

- Vorlagen-Nr. 2006/ 030 -

Es wird erläutert, dass aufgrund der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.02.2006 zu Vorlage 2006/ 032.1 die Kaufpreiszahlung für den II. Bauabschnitt des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße sich wie folgt verändert:

Ein Teilbetrag von 1,05 Mio. € wird am 01.10.2006 fällig, der Restbetrag von 1,05 Mio. € am 30.06.2007.

Auf diesem Hintergrund ist es notwendig, im Rahmen eines Nachtragshaushalts die Grundstückserlöse um 1,1 Mio. € zu reduzieren. Die Verwaltung beabsichtigt, einen „schlanken“ vorgezogenen Nachtragshaushalt am 27.03.2006 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgrund der unter TOP 6 erfolgten Ausführungen (Haushaltsreste 2005) ist eine weitere Neuveranschlagung von 880.000 € umgehend erforderlich, um den möglichen Rückkauf eines Grundstücks entsprechend Auftrag der Stadtverordnetenversammlung in 2005 vornehmen zu können. Insofern ist die Änderungsliste auszuweiten. Soweit besteht im Finanzausschuss Konsens.

Vorgesehen ist in einem 1. Nachtrag ferner die Wiederaufnahme der Kosten für die Straßenbaumaßnahme Große Straße (von Woldenhorn bis Rondeel). Hierzu sollen 600.000 € neu veranschlagt werden und weitere 600.000 € sind als Verpflichtungsermächtigung bereitzustellen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17.01.2006 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2006 insbesondere auf dem Hintergrund der Entwicklung zum Einkaufszentrum beschlossen, den Ausbau der Großen Straße zu verschieben. Durch die Beschlussfassung zum Einkaufszentrum vom 27.02.2006 ist aus Sicht der Verwaltung der Ausbau der Großen Straße nun umgehend zu veranschlagen. Der Ausbau soll, wie ursprünglich vorgesehen, in den Jahren 2006 und 2007 im Schatten der Baumaßnahme Einkaufszentrum erfolgen.

Herr Griesenberg teilt mit, dass der Bau- und Planungsausschuss den Ausbau noch nicht beschlossen hat. Insbesondere bestehen Differenzen darüber, ob die Große Straße historisch gepflastert werden soll oder einen Asphaltbelag erhalten sollte. Andere Ausschussmitglieder haben Zweifel, ob die neu ausgebaute Große Straße nicht unter Baufahrzeugen der Baumaßnahme Einkaufszentrum leide. Angesprochen wird auch ein zunächst nur provisorischer Bau von Parkplätzen. Der Berichterstatter weist eindringlich darauf hin, dass die Stellplätze in der Großen Straße als Ersatz für die während der Baumaßnahme wegfallenden Stellplätze in der Innenstadt dringend benötigt werden.

Ferner müsse der Verkehr aus der Tiefgarage, wenn die Rampen der Tiefgarage errichtet seien, über die Große Straße abfließen. Daneben müsse gewährleistet sein, dass der Busverkehr wieder über diese so schnell wie möglich abgewickelt werden könne. Alles dies spreche für einen Ausbau der Großen Straße im Schatten der Baumaßnahme Einkaufszentrum. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Baukosten für den Ausbau der Großen Straße mit ei-

nem **Sperrvermerk** zu versehen, der nur durch den Bau- und Planungsausschuss aufgehoben werden könne. Dieser habe zuvor das Ausbauprogramm abschließend festzulegen.

Der Finanzausschussvorsitzende greift den Vorschlag der Verwaltung auf. Das Ausbauprogramm sei Angelegenheit des Bau- und Planungsausschusses. Er persönlich sei - da die Große Straße keinen verkehrsberuhigten Bereich darstelle - dafür, den auszubauenden Abschnitt zu asphaltieren.

Der Finanzausschuss berät über die in den Nachtrag aufzunehmenden Haushaltsstellen 8800.3400 und 6312.9500 getrennt.

1. Die Grundstückserlöse sind auf 2,6 Mio. € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2. Es sind für den Ausbau der Großen Straße 600.000 € und daneben 600.000 € als Verpflichtungsermächtigung für 2007 bereitzustellen. Die Baukosten sind mit einem Sperrvermerk wie folgt zu versehen:
„Die Mittel sind gesperrt, bis die Projektentwickler/ Investoren die vertraglichen Pflichten erfüllt haben, um mit der Projektrealisierung nach Beschlusslage starten zu können, und der Bau- und Planungsausschuss das Ausbauprogramm der Großen Straße beschlossen hat.“

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür
3 dagegen
1 Enthaltung**

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Einfügung des Sperrvermerks zum Ausbau der Großen Straße abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür
1 dagegen
3 Enthaltungen**

8 Gewinn- und Verlustrechnung 2003 für die städtischen Mietwohnungen 2006/034

Der Finanzausschussvorsitzende äußert seine Verwunderung darüber, dass für Nachfragen kein Vertreter des Fachdienstes IV.4/ ZGW anwesend sei. Die anwesenden Vertreter der Verwaltung werden die Fragen - soweit möglich - beantworten. Ansonsten erfolgt die Antwort schriftlich im Rahmen des Protokolls.

Der Finanzausschuss spricht sich dafür aus, nur noch zu den Immobilien Nachfragen zu stellen, die auch jetzt noch im städtischen Besitz seien. Die Verwaltung berichtet, dass dieses alle in den Anlagen genannten Objekte mit Ausnahme

- Rosenweg 24 und
 - Wulfsdorfer Weg 25
- seien.

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach den kalkulatorischen Kosten. Die Verwaltung berichtet, dass die kalkulatorischen Zinsen seit dem 01.01.2000 bei 5 % liegen. Für die kalkulatorischen Abschreibungen wird im Regelfall eine einheitliche Nutzungsdauer der Mietobjekte von 80 Jahren, d. h. eine Abschreibung von 1,25 % unterstellt.

Ergänzung der Verwaltung:

In Einzelfällen gilt auch eine Nutzbarkeit von 100 Jahren (Reeshoop 22, Waldstraße 12) oder nur 60 Jahren (Pavillon Rathausplatz 39). Ein Ausschussmitglied regt an, die Abschreibungen zu reduzieren, sofern die Mieten diese nicht decken. Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass dieses nicht zulässig sei.

Der Finanzausschuss regt an, sich von potentiell veräußerbaren Mietobjekten zu trennen. Dies wären aus heutiger Sicht insbesondere Akazienstieg 15 und die Reihenhäuser im Waldemar-Bonsels-Weg. Hier sei auch ein Teilverkauf denkbar, sofern ein Mietobjekt frei werde. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass Akazienstieg 15 komplett vermietet sei. Die Mietverträge seien vom Käufer mit zu übernehmen. Dem wird zugestimmt. Die Abgabe von Mietobjekten schaffe aber bei ZGW weitere Kapazitäten für die Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften. Vorstellbar sei zum Beispiel eine Veräußerung des Objektes Akazienstieg 15 an Wohnungsbaugesellschaften.

Es besteht Einvernehmen, dass die Stadt viele Mietobjekte aus übergeordneten Gründen (z. B. Hauptnutzung Kindertagesstätte, nur wenige Wohnungen; Nebennutzung Unterbringung von Obdachlosen; etc) nicht veräußern könne.

Zur städtischen Wohnung Pionierweg 17 wird angemerkt, dass die Bruttomiete die Kosten nicht decke. Die Bruttomiete werde angepasst, soweit dieses möglich sei. Eine Änderung des Mietvertrages sei nur mit Zustimmung des Mieters möglich. Diese liege nicht vor.

Zum Objekt Rathausplatz 39 wird angemerkt, dass die Grundstücksgröße von 3.986 m² nicht das Objekt betreffe. Dem Reisebüro bzw. der WC-Anlage sei kein Grundstück zugeordnet, sodass dieses in der Gewinn- und Verlustrechnung aus Sicht des Finanzausschusses auch nicht auszuweisen sei.

Der Finanzausschuss nimmt von der Gewinn- und Verlustrechnung 2003 für die dargestellten Wohngebäude Kenntnis.

9 Gewinn- und Verlustrechnung 2004 für die städtischen Mietwohnungen 2006/035

Auf die Beratung zu TOP 8/ Gewinn- und Verlustrechnung 2003 (Vorlagen-Nr. 2006/ 034) wird verwiesen. Ergänzend wird angefragt, warum die Mieteinnahmen Rathausplatz 39 steigen.

Anmerkung der Verwaltung:

Für das Objekt gilt ein Mietvertrag mit Indexklausel, d. h. jährlicher Mietanpassung.

Für die nächste Sitzung erbittet der Finanzausschuss vom Fachdienst eine Vorlage über potenziell veräußerbare Mietobjekte mit entsprechenden näheren Vorschlägen, wie eine Trennung von diesen Objekten möglich sei.

10 Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) in einen Eigenbetrieb und Angliederung an die Stadtbetriebe Ahrensburg

Mit Schreiben vom ? hat die CDU-Fraktion beantragt, der Finanzausschuss/Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Fachdienst „Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)“ wird mit Wirkung zum 1. Januar 2008 in einen Eigenbetrieb umgewandelt und als 3. Betriebszweig an die Stadtbetriebe Ahrensburg angegliedert.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zu diesem Zeitpunkt alle erforderlichen Vorarbeiten zu leisten, die für die Umwandlung in einen Eigenbetrieb erforderlich sind.“

Der Finanzausschussvorsitzende bittet darum, den Antrag in den Fraktionen zu erörtern. Es soll ebenfalls geklärt werden, wann die Stadtverordnetenversammlung hierzu beschließen könne.

Der Vorsitzende begründet seinen Antrag damit, dass zwar eine neue Rechtsform nicht grundsätzlich zu besseren Ergebnissen führe. Die Beispiele der Ausgliederung der Stadtentwässerung und des Bauhofes hätten aus seiner Sicht aber gezeigt, dass ein wirtschaftliches und kostenbewusstes Denken einsetze. Es gäbe eine ausgeprägte kaufmännische Führung, er halte ferner eine größere personelle Flexibilität für vorstellbar und durch den Entfall innerer Verrechnungen sähe er mehr Transparenz für die Gebäudewirtschaft. Ferner entfalle die Schnittstelle zum Bauhof.

Auch sei der Baubereich aus seiner Sicht dominanter als die kaufmännische Seite. Gefordert wird, an sichtbare Einsparpotentiale direkt heranzugehen. Ein weiteres Ausschussmitglied spricht sich dafür aus, die erarbeiteten Grundlagen auszuwerten und zu analysieren. Ggf. müssten die Auswirkungen einer Angliederung in Form eines Gutachtens geprüft werden.

Der Ausschussvorsitzende macht deutlich, dass er - um eine Angliederung zum 01.01.2008 umzusetzen - erwarte, dass in 2006 wie vorgesehen, die Bewertung der städtischen Objekte erfolge. Auf dieser Grundlage müsste 2008 eine Eröffnungsbilanz aufgestellt werden. In 2007 sollte das Vermieter-/Mietermodell aufgebaut sein.

Auf Nachfrage wird erklärt, dass die Angliederung keine räumliche Veränderung nach sich ziehen sollte. Daher sollte die Angliederung auch keine Be-

fürchtungen bei den betroffenen Mitarbeitern auslösen, sondern vielmehr sollte die Grundlage der kaufmännischen Bilanz als Chance für die Aufgabe gesehen werden.

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass der Fachdienst ZGW erst seit gut einem Jahr existiere. Der vorliegende Antrag müsse auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter demotivierend wirken. Der Fachdienst hätte seit seiner Gründung umfangreiche Vorarbeiten geleistet, die vielleicht nicht so gut vermittelt worden seien. So seien insbesondere für alle städtischen Liegenschaften sog. Baunutzungsblätter erarbeitet worden, die Ansätze für Steuerungsmöglichkeiten aufzeigen. Hierzu wird eine Zusammenstellung verteilt (**siehe Anlagen**). Diese Zahlen seien für Auswertungen als Grundlage geeignet. Sie teilt mit, dass in diesem Jahr in 4 Paketen Ausschreibungen zu einzelnen Positionen erfolgen werden. Die Ergebnisse (Einsparungen) sollten vor einer Entscheidung über eine neue Organisationsform abgewartet werden.

Auch die Verwaltung sieht in einer kurzfristigen Beratung des Antrages diverse Risiken. Zum 01.01.2009 solle das gesamte Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen voraussichtlich auf die Doppik umgestellt sein. Wenn also das kaufmännische Rechnungswesen Hauptmotiv für die vorgeschlagene Ausgliederung sein sollte, könnte auch die Umstellung der Kernverwaltung abgewartet und die Gebäudewirtschaft als Regiebetrieb weitergeführt werden. Andererseits sei zu fragen, welche Aufgaben gemeint seien (nur Hausverwaltung?). Zu prüfen sei auch, ob der Eigenbetrieb „Eigentümer“ der Grundstücke werden solle. Ein Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass durch die Übertragung von Grundstücken erhebliche stille Reserven gehoben werden. Es sei zu klären, wie mit diesen umgegangen werde.

Ein anderes Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass in der Rechtsform eines Eigenbetriebes die Wirtschaftlichkeit besser als bisher beobachtet werden könne. Kostenbewusstes Handeln sei hier erforderlich. Ferner sei zu klären, ob die personelle Leitung beibehalten werden sollte.

Die Bürgermeisterin macht deutlich, dass die zu übertragenden Gebäude als öffentliche Gebäude keinen Marktwert haben und daher grundsätzlich über eine Übertragung des Vermögens nachzudenken sei. Die Aufgabe des Fachdienstes sei die Gebäudebewirtschaftung. Hierzu stellt die Verwaltung klar, dass in diese Argumentation auch die Straßenunterhaltung passe. Dennoch sei es hier nicht denkbar, diesen Bereich dem Eigenbetrieb anzugliedern. Eine mögliche Angliederung und deren Folgen müsse sorgfältig geprüft werden.

Abschließend bittet ein Ausschussmitglied um eine Stellungnahme der Verwaltung über die Vor- und Nachteile der Umwandlung. Ein weiteres Ausschussmitglied erbittet dieses auch für die Ausführungen des Vorsitzenden. Dieser stellt klar, dass sich der Eigenbetrieb grundsätzlich bewährt habe und es ihm nicht um eine Berechnung von Einsparungen bis ins Detail ginge.

Der Berichterstatter zitiert aus dem Gutachten: „Die Wahl der Rechtsform ist kein Kriterium für mehr Erfolg“. Hieran sollte sich die Politik bei ihren Überlegungen orientieren.

Herr Aschmann fragt nach, ob die Verpachtung der Remise auch Aufgabe des Fachdienstes ZGW sei. In der Zeitung sei als Ansprechpartnerin Fachdienst III.4 genannt. Dieses wird von der Bürgermeisterin bestätigt. Nach dem Vermieter-/ Mietermodell sei ZGW Eigentümer, Mieter sei der Kulturbereich.

Daher wären nur Miet- und Nebenkosten über ZGW - nach erfolgter Verpachtung - abzurechnen. Fachdienst III.4 sei das Bindeglied zu den Nutzern, dem Förderverein Marstall.

11 Verschiedenes

11.1 Nächster Sitzungstermin

Der Finanzausschussvorsitzende teilt mit, dass weder er noch seine Vertreterin beim nächsten regulären Sitzungstermin, dem 28.03.2006, in Ahrensburg sei.

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses wird daher am nächsten regulären Sitzungstermin, Dienstag, dem 25.04.2006, stattfinden.

11.2 Zusammenarbeit mit der WAS

Der Finanzausschuss geht rückblickend auf die Stadtverordnetenversammlung ein, in der deutlich wurde, dass die WAS bei der Abwanderung von Gewerbebetrieben grundsätzlich die Kommune, aus der ein Betrieb abwandere, nicht informiere.

Die Verwaltung wird gebeten, für den 25.04.2006 den Geschäftsführer der WAS, Herrn Leinius, einzuladen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Einladung ist für den 25.04.2006, 20:00 Uhr, erfolgt.

Der Finanzausschuss kommt überein, Herrn Leinius nicht mit Vorwürfen zu konfrontieren. Es bestehe ein Vertrag, wonach die WAS für ihre Tätigkeit für die Vermarktung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd Zahlungen zu erhalten habe. Auf die WAS könne bei dieser Aufgabe auch weiterhin nicht verzichtet werden. Die Erfahrungen seien unverändert wertvoll.

Die Abwanderung des Gewerbebetriebes Wesemeyer ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass das Gewerbegebiet Siek an der A 1 liegt. Dieses sei - wie auch das Beispiel des Baumarktes Dehner in Siek zeige, ebenso wie das Beispiel des Möbelhauses Höffner in Barsbüttel - für viele Betriebe wichtig. Eine vergleichbare Lage sei in Ahrensburg nicht gegeben.

Angesprochen werden sollte jedoch, ob aus Sicht der WAS die städtischen Auflagen zu restriktiv seien.

Die Bürgermeisterin plädiert dafür, die an Herrn Leinius zu stellenden Fragen/Themenbereiche intensiv vorzubereiten. Angesprochen werden z. B. Themen wie:

- Wie geht die WAS mit Leerständen im alten Gewerbegebiet um (Stichwort: Bestandsmanagement)?

— Was erwartet die Stadt von der WAS?

Klar werden müsse sich die Stadt auch darüber, ob sie Logistikfirmen wolle, wie z. B. das Hochregallager Lidl. Sie persönlich spreche sich dagegen aus.

Zur Vorbereitung der Sitzung erbittet anschließend der Vorsitzende eine Vorschlagsliste der Verwaltung bis Dienstag, den 18.04.2006 (Fraktionssitzungen). Die Fragen werden in der Fraktion durchgesprochen und mögliche Änderungswünsche der Verwaltung am 19.04.2006 übergeben.

Die abgestimmten Fragen/ Themenbereiche werden Herrn Leinius zur Vorbereitung für die Finanzausschusssitzung am 25.04.2006 mitgeteilt.

11.3 Anfrage zu einer hausinternen Ausschreibung

Der Vorsitzende konfrontiert die Verwaltung mit der hausinternen Ausschreibung für eine Stelle im Fachdienst I.3 und kritisiert, dass hierüber zuvor nicht berichtet wurde.

Die Bürgermeisterin stellt klar, dass hiermit keine Ausweitung des Personals verbunden sei. Wie zugesagt, erfolge im BfT eine Reduzierung durch eine in diesem Jahr in den Ruhestand eintretende Mitarbeiterin. Eine andere Mitarbeiterin ist im vergangenen Jahr in das Bauamt gewechselt. Diese Stelle ist zurzeit befristet nachbesetzt. Diese Befristung wird aufgehoben. Da sich für diese Stelle 2 Mitarbeiterinnen - darunter die Stelleninhaberin - interessieren, ist eine interne Ausschreibung erforderlich.

In diesem Zusammenhang weist die Bürgermeisterin deutlich darauf hin, dass nach dem Gutachten zur Stellenbemessung auch die in diesem Jahr nicht wieder besetzte Stelle des Fachdienstes I.3 nicht in Frage stand. Dennoch wird in diesem Bereich eine Stelle eingespart, um dem Antrag der CDU auf Abbau von 5 Stellen innerhalb von 3 Jahren nachkommen zu können. Eine weitere Reduzierung im BfT ist nicht vertretbar.

12 Kennntnisnahmen

12.1 Kaufinteresse am Baugebiet Buchenweg

Der Berichterstatter teilt mit, dass das Baugebiet Buchenweg in 103 Baugrundstücke parzelliert wurde. Die Erschließungsgesellschaft der Sparkasse hat mitgeteilt, dass für 46 Grundstücke Kaufverträge abgeschlossen wurden, der Rest sei reserviert. Diese Mitteilung wird mit der Bitte verbunden, dass die Stadt Ahrensburg aufgrund des großen Erfolges über ein weiteres Baugebiet nachdenken möge.

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll